

Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: hilft uns die Kopenhagener Schule beim Thema Klimawandel?

Angela Oels, Franziskus von Lucke

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Oels, Angela, and Franziskus von Lucke. 2015. "Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: hilft uns die Kopenhagener Schule beim Thema Klimawandel?" Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) 22 (1): 43-70. <https://doi.org/10.5771/0946-7165-2015-1-43>.



Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: Hilft uns die Kopenhagener Schule beim Thema Klimawandel?

Der Klimawandel wurde im vergangenen Jahrzehnt zunehmend als Sicherheitsbedrohung thematisiert. In diesem Beitrag fragen wir aus der Perspektive der Kopenhagener Schule, ob der Klimawandel erfolgreich »versicherheitlicht« worden ist. Wir zeigen, dass es im Fall des Klimawandels auf der Ebene der internationalen Politik zahlreiche Sprechakte gab, die den Klimawandel zur existentiellen Bedrohung erklärten, dass jedoch kaum außergewöhnliche Maßnahmen beschlossen wurden. Diese nach den Kriterien der Kopenhagener Schule gescheiterte Versicherheitlichung bedeutet aber nicht, dass der Klimasicherheitsdiskurs politisch folgenlos blieb. Wir illustrieren anhand des Klimasicherheitsdiskurses einige bekannte Schwächen der klassischen Kopenhagener Schule und zeigen den Mehrwert von Theorieerweiterungen für unseren Fall auf. Aus einer erweiterten theoretischen Perspektive zeigen wir, dass der Klimasicherheitsdiskurs den gefährlichen Klimawandel als unabänderlichen Fakt darstellt und somit die Möglichkeiten seiner Bekämpfung aus dem Blick geraten. Stattdessen steht die Resilienz gegenüber Klimafolgen im Vordergrund. Wir argumentieren, dass dies ebenfalls eine kritikwürdige Form der Entpolitisierung des Klimawandels darstellt.

1. Klimawandel als Sicherheitsbedrohung: Ein politisch wirksamer Diskurs?

»The world is being exposed to the increasingly devastating effects of climate change. Climate change may have far-reaching and potentially dramatic consequences for security in regions throughout the world [...]« (UNSC 2007a: 21, Niederlande).

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) befasste sich am 15. Februar 2013 bereits zum dritten Mal mit den möglichen Sicherheitsrisiken des Klimawandels (Sidsnet 2013; UNSC 2013). Seit dem Jahr 2007 ist der Klimawandel in der Wissenschaft und der internationalen Politik immer wieder in verschiedenen Dokumenten und Gremien als Sicherheitsproblem diskutiert worden. Auf internationaler politischer Ebene haben unter anderem Berichte der Europäischen Union (EU) (Solana/EU-Kommission 2008) und der Vereinten Nationen (*United Nations General Assembly*; UNGA (2009b)) das Thema unter Sicherheitsgesichtspunkten behandelt.¹ In der Wissenschaft wird bereits seit Längerem über Konzepte von Umweltsicherheit diskutiert. In den letzten Jahren hat die Forschung sich vor allem mit der

1 Weitere einflussreiche Berichte waren: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, kurz WBGU (2007); Stern (2006); CNA (2007); Mabej (2008).

möglichen klimabedingten Migration befasst und versucht, das Risiko von durch den Klimawandel verschärften Konflikten abzuschätzen (Dalby 2009; Barnett/Adger 2007; Nordas/Gleditsch 2007; Lee 2009).

Handelt es sich bei dieser Klimasicherheitsdiskussion nur um Rhetorik, die dafür sorgt, dass alles beim Alten bleibt (Swyngedouw 2010; Detraz/Betsill 2009), oder lässt sich tatsächlich eine Neuausrichtung der internationalen Klimapolitik feststellen? Die Befürworter² einer Behandlung des Klimawandels als Sicherheitsproblem betonen, dass dem Thema auf diese Weise endlich die Aufmerksamkeit zukommt, die es verdient, und dringend benötigte Maßnahmen ermöglicht werden (Brauch 2009). Kritikerinnen geben zu bedenken, dass eine Behandlung als Sicherheitsproblem möglicherweise Konsequenzen mit sich bringt, die keineswegs erwünscht sein können.³ Eine These lautet, dass eine Artikulation als Sicherheitsbedrohung im Extremfall dazu führen könnte, dass geltende Gesetze umgangen und vorgeschriebene demokratische Verfahren ausgehebelt werden.

Einen solchen politischen Ausnahmezustand beschreibt die Kopenhagener Schule (KS) mit dem Konzept der »Versicherheitlichung« (Buzan et al. 1998). Laut Kopenhagener Schule ist eine Versicherheitlichung dann geglückt, wenn Elitensprechakte ein Phänomen zu einer existentiellen Gefahr erklären und diese Sprechakte von einem relevanten Publikum akzeptiert werden (Buzan et al. 1998). Da es sich bei der KS um den dominanten Ansatz der *Critical Security Studies* handelt, wenden wir diesen auf die internationale Klimapolitik an. Im ersten Teil dieses Beitrags fragen wir daher: Ist der Klimawandel im wissenschaftlichen und politischen Diskurs auf internationaler Ebene nach den Kriterien der klassischen Kopenhagener Schule erfolgreich versicherheitlicht worden? Während die wissenschaftliche und politische Debatte um Umweltsicherheit bis in die 1980er Jahre zurückreicht, beginnt der auf den Klimawandel enggeführte Sicherheitsdiskurs mit der Verbreitung der Pentagon-Studie im Jahr 2003 (Schwartz/Randall 2003).

Aufhänger für diesen Beitrag sind vor allem die drei großen Debatten über den Klimawandel im UN-Sicherheitsrat 2007, 2011 und 2013, von denen jedoch nur die ersten beiden dokumentiert und damit erforschbar sind. Unser Untersuchungszeitraum reicht daher von 2003 bis 2014. Die Hauptakteure der Versicherheitlichung auf globaler Ebene sind die westlichen Industriestaaten. Da es einen erheblichen Unterschied zwischen den Klimasicherheitsdiskursen in den USA und in Europa gibt, ergänzen wir die globale Analyse um einen Blick hinter die Kulissen der USA und Europas. Von den Entwicklungs- und Schwellenländern betreiben lediglich die kleinen Inselstaaten Versicherheitlichung und dies auch fast ausschließlich in UN-Gremien. Der Artikel beruht auf einer Inhaltsanalyse der Schlüsseldokumente des internationalen wissenschaftlichen und politischen Klimasicherheitsdiskurses von 2003 bis 2014. Im Vordergrund stehen dabei die Analyse der Transkripte der zwei UN-Sicherheitsratsdebatten von 2007 und 2011. Ergänzend wurden die in den Si-

2 Im Sinne einer geschlechtsneutralen Sprache werden in diesem Artikel männliche und weibliche Formen alternierend verwendet.

3 Deudney (1990); Deudney/Matthew (1999); Hartmann (2010); Nordas/Gleditsch (2007); Barnett/Adger (2007); Trombetta (2011); Buzan et al. (1998).

cherheitsratsdebatten meistzitierten Dokumente ebenfalls in die Analyse einbezogen sowie die in diesen Dokumenten meistzitierten Dokumente (Liste aller Dokumente im Anhang). In diesem Artikel kann unsere deutlich umfangreichere Analyse nur auszugsweise mit repräsentativen Zitaten und Überblickstabellen abgebildet werden. Wir belegen, dass es auf internationaler Ebene sowie in Europa und den USA sehr viele Sprechakte gibt, die den Klimawandel zur existentiellen Bedrohung stilisieren. Jedoch werden nur in ganz vereinzelt Fällen außergewöhnliche Maßnahmen gefordert und keine beschlossen. Daher kann nicht von einer Publikumsakzeptanz für außergewöhnliche Maßnahmen gesprochen werden. Dieser Befund bedeutet jedoch nicht, dass die Verschiebung im Diskurs politisch folgenlos geblieben ist.

In der zweiten Hälfte unseres Beitrags fragen wir daher danach, welche politischen Folgen der Klimasicherheitsdiskurs sonst noch gehabt haben könnte. Zur Beantwortung dieser Frage ist es erforderlich, die KS theoretisch zu erweitern und die Engführung auf außergewöhnliche Maßnahmen und voneinander isolierte Elitensprechakte zu durchbrechen. Hierzu greifen wir die Anregungen von Stritzel (2007), Salter (2008; 2011), Balzaq (2011), Trombetta (2008; 2011), Roe (2008) und anderen auf. In einer erweiterten Analyse prüfen wir den Mehrwert von theoretischen Erweiterungen der KS für den Klimasicherheitsdiskurs. Erst mit der erweiterten Analyse können wir zeigen, dass der Klimasicherheitsdiskurs eine Verschiebung der politischen Prioritätensetzung von der Reduktion von Treibhausgasen hin zur Anpassung an die gefährlichen Klimafolgen bewirkt hat. Indem die gefährlichen Folgen des Klimawandels als unabänderliche Tatsachen dargestellt werden, verschwindet die politische Grundlage für Emissionsreduktionen. Wir werden im Folgenden begründen, warum dies für uns ebenfalls eine kritikwürdige Form der Entpolitisierung des Klimawandels durch den Sicherheitsdiskurs darstellt.

2. »Versicherheitlichung« nach der klassischen Kopenhagener Schule

»Basically, security should be seen as negative, as a failure to deal with issues as normal politics« (Buzan et al. 1998: 29).

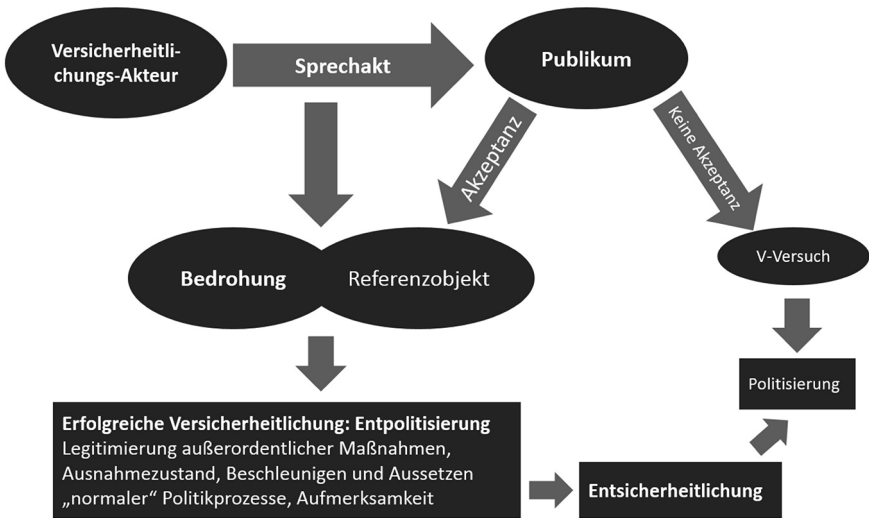
Ausgangspunkt der klassischen Kopenhagener Schule ist eine Neukonzeption des Sicherheitsbegriffs (Buzan et al. 1998; Wæver 1995). Im Gegensatz zum traditionellen, essentialistischen Sicherheitsbegriff, der meist realistisch geprägt ist, geht man hier von der sozialen Konstruiertheit von Sicherheitsproblemen aus. Themen werden mittels eines Sprechaktes zu Sicherheitsproblemen gemacht, um das Thema aus dem normalen Politikprozess herauszunehmen und außergewöhnliche Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung zu legitimieren (Wæver 1995: 55).

Jeder Versicherheitlichungs-Prozess folgt dabei einem ähnlichen Muster. Er beinhaltet *erstens* das Referenzobjekt, dessen Sicherheit (angeblich) bedroht ist. *Zweitens* benennt er den Versicherheitlichungs-Akteur. *Drittens* definiert er ein relevantes Publikum. Und *viertens* beschreibt er die vom Versicherheitlichungs-Akteur benannte unmittelbare existenzielle Bedrohung für das Referenzobjekt. Durch die Be-

nennung als existenzielle Bedrohung wird die Dringlichkeit und Wichtigkeit des Sicherheitsproblems suggeriert und damit erreicht, dass nahezu alle Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen, um es aufzuhalten (Buzan et al. 1998: 24). Die außergewöhnlichen Maßnahmen sind *erstens* Situationen, in denen geltendes Recht umgangen wird und *zweitens* Fälle, in denen demokratische Verfahren ausgehebelt oder abgekürzt werden (Buzan et al. 1998: 24, 26; Huysmans 2004: 332; McDonald 2008: 567).

Ein Sicherheitsproblem wird laut der KS durch den intersubjektiven Sprechakt (vgl. Austin 1975) zwischen Versicherheitlichungs-Akteur und Publikum erschaffen bzw. ausgehandelt (Buzan et al. 1998: 26).⁴ Ein Thema gilt nur als erfolgreich versicherheitlicht, wenn das relevante Publikum es als solches akzeptiert. Der Erlass außerordentlicher Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung muss *möglich* erscheinen – die Maßnahmen müssen jedoch noch nicht ergriffen worden sein (Buzan et al. 1998: 25, 32). Schafft es der Versicherheitlichungs-Akteur nicht, das relevante Publikum zu überzeugen, kann lediglich von einem Versicherheitlichungs-Versuch gesprochen werden (Buzan et al. 1998: 25). Folgende Grafik fasst noch einmal die relevanten Bestandteile des klassischen Versicherheitlichungs-Ansatzes zusammen:

Abbildung 1: Versicherheitlichung nach der klassischen Kopenhagener Schule



Quelle: Eigene Darstellung nach Buzan et al. (1998)

4 Leider bleibt unklar, welchen Stellenwert die Akzeptanz des Publikums tatsächlich spielt, wird doch an der einen Stelle vom »selbstreferentiellen Charakter« (Trombetta 2011: 148) des Versicherheitlichungs-Sprechaktes gesprochen, während an anderer Stelle der »intersubjektive« Charakter des Prozesses und somit die entscheidende Rolle des Publikums hervorgehoben wird (Balzacq 2011: 20).

Laut der KS werden Umweltthemen gern als existentielle Bedrohung für das Überleben der Menschheit dargestellt. Paradoxe Weise führen diese Artikulationen jedoch nur selten zu einer erfolgreichen Versicherunglichung (Buzan et al. 1998: 74, 83). Dies kann zum Teil damit erklärt werden, dass Umweltthemen als *soft politics* eher einen geringen Stellenwert genießen und die Bedrohung auf einen sehr langfristigen Zeithorizont bezogen ist. Aufgrund der von der KS postulierten Schwierigkeit, Umweltthemen *erfolgreich* zu versicherunglichen, stellt das Fallbeispiel einen eher schweren, also *least likely*-Fall für die Theorie dar.

3. *Der internationale politische Diskurs um Klimawandel und Sicherheit von 2003-2011: Eine Analyse aus Sicht der klassischen Kopenhagener Schule*

In diesem Abschnitt fragen wir danach, ob der Klimawandel im wissenschaftlichen und politischen Diskurs auf internationaler Ebene erfolgreich nach den Kriterien der klassischen KS versicherunglicht wurde. Als erstes fragen wir danach, welche außergewöhnlichen Maßnahmen im Falle des Klimawandels erwartet werden konnten. Zweitens arbeiten wir die Rolle des Weltklimarats als wissenschaftlicher Stimme im Klimasicherheitsratsdiskurs heraus. Im Hauptteil der Analyse werden für den Klimasicherheitsratsdiskurs in den USA, in Europa und im UN-Sicherheitsrat die wichtigsten *Versicherunglichungs-Akteure*, die *Art der Bedrohung* sowie die *Referenzobjekte* und genutzten *Sicherheitsbegriffe* herausgearbeitet. Insbesondere wird untersucht, ob sich Sprechakte nach dem Format der KS finden lassen, welche Akteure diese formulieren und ob es Indikationen für Publikumsakzeptanz dieser Sprechakte gibt.

3.1. *Außergewöhnliche Maßnahmen in der internationalen Klimapolitik*

Für unseren Beitrag haben wir auf der Grundlage der Literatur zusammengetragen, was für Maßnahmen in der Klimapolitik als »außergewöhnlich« zählen könnten. Laut Brauch (2009) könnte eine erfolgreiche Versicherunglichung zur Durchsetzung effektiver Klimapolitik im ganz großen Maßstab dienen, d.h. »to legitimate extraordinary and costly measures that require a progressive increase in energy efficiency and a decarbonization of the energy system by increasing renewable energy sources« (Brauch 2009: 71). Ebenfalls könnten im Namen der Sicherheit große Geldsummen zur Verfügung gestellt werden (Brauch 2009: 71). Trombetta sieht die Möglichkeit, dass eine Reihe sehr restriktiver Maßnahmen durch den Klimasicherheitsratsdiskurs ermöglicht werden könnten:

»[...] the securitization of climate change would result in confrontational politics, with states adopting politics to protect their territory against sea-level rising and immigration; with the Security Council adopting resolutions to impose emission targets, and even military action against polluting factories; and surveillance systems to monitor individual emissions« (Trombetta 2008: 599).

Schließlich hat Hartmann (2010) dargelegt, dass als Folge des Klimasicherheitsdiskurses auch militärische Interventionen legitimiert werden könnten, die beispielsweise von der *Responsibility to Protect* rechtlich gedeckt sind. Wir zeigen im Folgenden, dass es viele Darstellungen des Klimawandels als existentielle Sicherheitsbedrohung gegeben hat, dass jedoch nur äußerst selten eine außergewöhnliche Maßnahme gefordert wurde und diese sich auch keiner Publikumsakzeptanz erfreute.

3.2. Die wissenschaftliche Grundlage der Versicherheitlichung: Der Weltklimarat

Die KS schreibt wissenschaftlichen Berichten eine Schlüsselrolle beim »authoritative assessment of threat for securitizing and desecuritizing moves« zu (Buzan et al. 1998: 72). Es wird davon ausgegangen, dass nur solche Probleme sich versicherheitlichen lassen, die vom Menschen auch beeinflusst werden können (Buzan et al. 1998: 80). Für den Fall des Klimawandels liefert der Weltklimarat *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) die wissenschaftliche Grundlage, auf deren Basis andere Akteure den Klimawandel zur Sicherheitsbedrohung erklärt haben. Im »Vierten Sachstandsbericht« des IPCC (2007) wird mit 90 prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen, dass der Klimawandel durch menschengemachte Treibhausgase hervorgerufen wird. Zudem ermittelt er eine 66 prozentige Wahrscheinlichkeit, dass einige Auswirkungen des Klimawandels bereits heute stattfinden und auch bei sofortigem Einfrieren aller Emissionen nicht mehr verhindert werden können, wodurch Adaptations- und Katastrophenschutz-Maßnahmen vermehrt ins Blickfeld rücken. Der Weltklimarat trat bislang selbst nicht als Versicherheitlichungs-Akteur auf. Er betonte lediglich die Dringlichkeit des Handelns und die möglichen katastrophalen Folgen des Klimawandels. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bleiben jedoch allesamt im Rahmen der normalen Politik. Dennoch können die IPCC Berichte als ermöglichender Kontext weiterer Versicherheitlichungsversuche angesehen werden. Im fünften Sachstandsbericht des Weltklimarates von 2014 hat Working Group II ein eigenes Kapitel (12) zur menschlichen Sicherheit vorgelegt. Der Weltklimarat kommt darin zu dem Schluss, dass der Klimawandel sicherheitsrelevante Implikationen haben wird (und z.T. schon hat), dass es aber an wissenschaftlichen Belegen für die These von Klimakriegen und Massmigration derzeit noch fehle. Der Weltklimarat entzieht somit manchen Alarmisten des Klimasicherheitsdiskurses die wissenschaftliche Grundlage.

3.3. Der US-amerikanische Diskurs um Klimasicherheit

Das US-amerikanische Pentagon gab im Jahr 2003 eine geheime (aber später den Medien zugespielte) Szenario-Studie in Auftrag, die den Klimawandel als Gefahr für die nationale Sicherheit der USA untersuchte und daraus Handlungsempfehlungen für die Politik ableitete (Schwartz/Randall 2003). Referenzobjekte der Stu-

die sind in erster Linie das eigene Land und die eigene Bevölkerung. Als Bedrohung werden die Klimafolgen ausgemacht, wie klimabedingte Migration, die Destabilisierung von ganzen Regionen und somit die Gefahr von gewaltsamen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen (Schwartz/Randall 2003: 12, 14).

Daneben traten in den USA der ehemalige Vizepräsident Al Gore (Gore 2007) und die sicherheitspolitisch orientierten Think-Tanks *CNA*, *Center for a New American Security* (CNAS) und *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) (CNA 2007; CSIS/CNAS 2007) als wichtige Versicherheitlichungs-Akteure auf. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises verwendete Al Gore Formulierungen, die genau dem Schema der KS entsprechen:

»We, the human species, are confronting a planetary emergency – a threat to the survival of our civilization that is gathering ominous and destructive potential even as we gather here. [...] We must quickly mobilize our civilization with the urgency and resolve that has previously been seen only when nations mobilized for war« (Gore 2007).

Al Gore ist dabei einer der ganz wenigen, die explizit außergewöhnliche Maßnahmen forderten. Er forderte die Staats- und Regierungschefs auf, sich im Falle fehlender Fortschritte innerhalb der Klimaverhandlungen alle drei Monate zu Krisensitzungen zu treffen, bis ein Post-Kyoto-Abkommen unter Dach und Fach sei. Auch verlangte er ein Moratorium für den Bau von Kohlekraftwerken, so lange das *Carbon Capture and Storage* noch nicht hinreichend entwickelt sei (Gore 2007).

In den Berichten der Think-Tanks *CNA* (2007), *CSIS* und *CNAS* (2007) lassen sich ebenfalls sehr eindeutige Versicherheitlichungsversuche erkennen: »Under the circumstances described above, it is clear that even nuclear war cannot be excluded as a political consequence of global warming« (CSIS/CNAS 2007: 78). Auch der 2009 uraufgeführte US-Film »*Climate Refugees*« zeigt Bilder der Atombombe, um eindringlich auf die Möglichkeit von Klimakriegen als Folge von massenhafter Klimaflucht hinzuweisen. Der Fokus der US-Debatte liegt dabei auf der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten: »Projected climate change poses a serious threat to America's national security« (CNA 2007: 6). Neben dem Ruf nach vermehrten klimapolitischen Bemühungen der USA wurden teilweise auch außergewöhnliche Maßnahmen gefordert, etwa ein vermehrtes Eingreifen von US-Militär in vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern (CNA 2007: 16, 20, 34). Die exemplarisch genannten Sprechakte erfreuten sich jedoch keiner Publikumsakzeptanz: Außergewöhnliche Maßnahmen schienen zu keinem Zeitpunkt möglich und wurden bisher auch nicht ergriffen. Wichtige Gründe für das Ausbleiben außergewöhnlicher Maßnahmen sind zum einen, dass das Thema Klimawandel in den USA politisch weiter sehr umstritten ist, und zum anderen, dass die geforderten Maßnahmen sich eher auf die Zukunft beziehen (Donner/Faltin 2007).

Tabelle 1: Der US-amerikanische Versicherheitlichungs-Diskurs

Dominanter Sicherheitsbegriff	Nationale Sicherheit
Bedrohungen	Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Klimafolgen: sozio-ökonomische Probleme, Massenmigration, Klimakriege
Referenzobjekte	Vereinigte Staaten von Amerika (USA)
Geforderte außergewöhnliche Maßnahmen	Moratorium für den Bau von Kohlekraftwerken, Krisentreffen alle drei Monate, militärisches Eingreifen
Publikumsakzeptanz für außergewöhnliche Maßnahmen	Keine

3.4. Der europäische Diskurs um Klimasicherheit

Weitere wichtige Versicherheitlichungs-Akteure waren im Laufe der 2000er Jahre Großbritannien, Deutschland und die Europäische Union (EU). Im Gegensatz zur US-amerikanischen Debatte wurden hier allerdings vermehrt die Konzepte von menschlicher und internationaler Sicherheit genutzt. Der damalige britische Premierminister Tony Blair war der erste Regierungschef eines Industrielandes, der ausdrücklich eine Verbindung zwischen dem Klimawandel und Sicherheitsfragen herstellte: »There will be no genuine security if the planet is ravaged by climate change« (Blair 2003). Sir David King, der *Chief Scientific Advisor* der britischen Regierung, behauptete 2004: »[...] that climate change was a more urgent security threat than international terrorism« (King 2004: 176). Diese Vorstöße der britischen Regierung entsprechen der Sicherheitslogik der KS und können als Versicherheitlichungs-Versuche aufgefasst werden. Allerdings lassen sich keine Forderungen nach außergewöhnlichen Maßnahmen ausmachen. Später rechnete der von der britischen Regierung beauftragte Stern-Bericht (Stern 2006) vor, dass durch das Erreichen effektiver Maßnahmen zum Klimaschutz *heute* ein Vielfaches an Kosten in der *Zukunft* vermieden werden könne.

Der von Deutschland in Auftrag gegebene Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), »*Sicherheitsrisiko Klimawandel*« von 2007 (WBGU 2007), sorgte sich sowohl um die nationale und internationale Sicherheit als auch um die Verwundbarkeit besonders vom Klimawandel betroffener Bevölkerungen, die vor allem in den Entwicklungsländern zu finden seien. Insbesondere wurde hier vor einer weiteren Destabilisierung von ohnehin bereits »fragilen« Staaten gewarnt, was in der Folge zu einer »Ansteckung« ganzer Regionen und somit indirekt auch zu einer Überforderung des *Global Governance*-Systems führen könne (WBGU 2007: 1). Auch die Äußerungen des WBGU sprechen die Sprache der Versicherheitlichung und können als Versicherheitlichungs-Versuche angesehen werden.

Großbritannien und Deutschland engagierten sich auch auf internationaler Ebene, um andere Akteure zu überzeugen, dass der Klimawandel als Sicherheitsbedrohung politisch bearbeitet werden sollte. Der von Deutschland in der EU-Ratspräsident-

schaft initiierte Bericht der EU, »Climate Change and International Security« von 2008, betonte besonders den Begriff der internationalen Sicherheit in Verbindung mit dem Konzept der menschlichen Sicherheit. Der Bericht bezeichnete den Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator vor allem in ohnehin bereits »fragilen« Staaten (Solana/EU Kommission 2008: 2). Um diese Effekte zu kontern, wurden Maßnahmen wie Frühwarnsysteme und eine bessere Überwachung von Risikogebieten, d.h. als »fragil« eingestuft Staaten, vorgeschlagen und zudem die Führungsrolle der EU bei den internationalen Klimaverhandlungen angemahnt (Solana/EU Kommission 2008: 9). Weder in Deutschland und Großbritannien noch in Europa schienen zu irgendeinem Zeitpunkt außergewöhnliche Maßnahmen der internationalen Klimapolitik möglich. Gründe dafür sind, dass die Verhandlungen auf internationaler Ebene weiter im Mittelpunkt standen. Darüber hinaus hat der Fokus auf die menschliche Sicherheit die Aufmerksamkeit eher auf das Feld der Entwicklungspolitik gelenkt.

Tabelle 2: Der europäische Versicherheitlichungs-Diskurs

Dominanter Sicherheitsbegriff	Menschliche und internationale Sicherheit
Bedrohungen	Bedrohung der menschlichen Sicherheit durch Klimafolgen
Referenzobjekte	Bevölkerungen in den Entwicklungsländern, indirekt auch in den Industrieländern
Geforderte außergewöhnliche Maßnahmen	keine
Publikumsakzeptanz für außergewöhnliche Maßnahmen	keine

3.5. Die Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2007: Sprechakte und Publikumsakzeptanz

Großbritannien nutzte seinen Vorsitz im UN-Sicherheitsrat 2007, um das Thema Klimawandel auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. In der Debatte wird von den Industrieländern und kleinen Inselstaaten betont, dass es sich beim Klimawandel um ein Problem der kollektiven Sicherheit aller handele, welches bestehende Konflikte verschärfen und ohnehin fragile Staaten destabilisieren könne. Ganz im Sinne eines versicherheitlichenden Sprechaktes der KS wird auch die Dringlichkeit und Dramatik des Problems hervorgehoben (UNSC 2007a: 21, Niederlande). Vor allem die kleinen Inselstaaten nutzten die von der KS gesuchten Formulierungen und forderten, dass der Sicherheitsrat den Klimawandel permanent auf seine Agenda setzen solle, da er das Überleben von Millionen von Menschen weltweit bedrohe (UNSC 2007b: 8, Tuvalu):

»The world has moved from a global threat called the Cold War to what should now be considered the ›warming war‹ [...]. The Security Council must consider the threat to our national security and, ultimately, to global security, from a new perspective« (UNSC

2007b: 8, Tuvalu). »More people die from the effects of climate change than from domestic and international wars put together« (UNSC 2007b: 13, Salomonen).

Auch andere Befürworter einer Klima-Sicherheitsdiskussion nutzen eindeutig eine versicherheitlichende Argumentation, wie diese Wortmeldung des niederländischen Vertreters verdeutlicht:

»The recent Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) report clearly shows, more strongly than ever before, that action is urgently needed. The world is being exposed to the increasingly devastating effects of climate change. Climate change may have far-reaching and potentially dramatic consequences for security in regions throughout the world [...]« (UNSC 2007a: 21, Niederlande).

Wie stand es um die Publikumsakzeptanz dieser Sprechakte? Die Schwellenländer sowie ein großer Teil der Entwicklungsländer lehnten es ab, das Thema Klimawandel im Sicherheitsrat überhaupt zu diskutieren. Der Grund für diese Ablehnung war vor allem, dass der Sicherheitsrat als nicht repräsentativ und von den Industrieländern dominiert angesehen wurde (UNSC 2007a: 13, China). Dadurch gab es Anlass zu der Sorge, dass die Autorität der für Umweltprobleme zuständigen UN-Organen wie der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) untergraben werden könnte (UNSC 2007a: 24, Pakistan im Namen der G77). Viele Entwicklungs- und Schwellenländer verwiesen daher immer wieder darauf, dass der Klimawandel ein Thema nachhaltiger Entwicklung sei und daher weiter in der UNFCCC, dem Wirtschafts- und Sozialforum (ECOSOC) und der Generalversammlung behandelt werden müsse. Die Entwicklungsländer fürchteten, dass Verhandlungen unter einem anderen Dach das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung (UNFCCC 1995, § 3.1) aushöhlen könnten (UNSC 2007b: 21). Damit zusammenhängend bestand die Sorge, dass sich die Industrieländer mit der Betonung der Sicherheitsfolgen aus ihrer Verantwortung für Emissionsreduktionen stellen wollten: »Thus, the developing countries, including Egypt, view this open Security Council debate as an attempt by the developed countries to shrug off their responsibilities in that regard« (UNSC 2007b: 5, Ägypten). Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Positionen der Ländergruppen bezüglich der Frage, ob der Klimawandel im UNSC als Sicherheitsproblem diskutiert werden sollte.

Tabelle 3: Erste UNSC-Debatte über den Klimawandel (2007)

Länder gesamt: 55	Pro	Contra	Neutral
Industrieländer	14	1	4
Schwellenländer (China, Brasilien, Indien, Mexiko)	0	4	0
Entwicklungsländer	13	9	10
Teilnehmerinnen an Debatte gesamt	27	14	14
nur UNSC-Mitglieder	8	5	2

In der ersten Debatte des Sicherheitsrates zum Klimawandel 2007 wurde weder ein Beschluss zur Anerkennung des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung gefasst, noch über außergewöhnliche Maßnahmen debattiert. Es wurde lediglich der Generalsekretär der Vereinten Nationen aufgefordert, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Es wurden mehrere Resolutionen der Generalversammlung verabschiedet (A/Res/62/86 und A/Res/63/281, s. UNGA 2008; 2009a) und 2009 wurde ihr ein Bericht des Generalsekretärs, »*Climate Change and its Possible Security Implications*«, vorgelegt. Die meisten Länder forderten vermehrte Anstrengungen in den internationalen Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls. Von 2007 bis 2010 wurden jedoch nur inkrementelle Fortschritte in den Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum Klimaschutz erzielt. Auch gab es keine außergewöhnlichen finanziellen Anstrengungen in Bezug auf den Klimaschutz. Es kann also bei dieser ersten Debatte nicht von einer erfolgreichen Versicherheitlichung des Klimawandels nach den Kriterien der KS gesprochen werden.

3.6. Die Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2011: Sprechakte und Publikumsakzeptanz

Im Jahr 2011 setzte Deutschland den Klimawandel ein zweites Mal auf die Agenda des UNSC. Als Versicherheitlichungs-Akteure traten auch diesmal die Industrieländer und kleinen Inselstaaten auf, die auf eine Einstufung des Klimawandels als Bedrohung der internationalen Sicherheit und des internationalen Friedens drängten. Die USA folgerten: »[...] we also strongly believe that the Council has an essential responsibility to address the clear-cut peace and security implications of a changing climate« (UNSC 2011a: 7, USA).

Von den kleinen Inselstaaten wurde insbesondere der befürchtete Meeresspiegelanstieg als Existenzbedrohung hervorgehoben und die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für Klimawandel und Sicherheit gefordert:

»[...] there is so much carbon dioxide in the atmosphere that serious impacts are now unavoidable, and we must prepare. [...]. Many of our countries face the single greatest security challenge of all, that is, our survival. [...]. The Council should start by requesting the immediate appointment of a special representative on climate and security« (UNSC 2011a: 22-23, Nauru im Namen der kleinen pazifischen Inselstaaten).

Wie schon in der ersten Debatte wurde der Klimawandel als existentielle Sicherheitsbedrohung beschrieben, es wurden jedoch von den meisten Sprecherinnen keine außergewöhnlichen Maßnahmen gefordert. Die Mehrzahl der Beteiligten forderte Fortschritte bei den Klimaverhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls und blieb damit innerhalb der »normalen« Politik. Lediglich einzelne Länder wie Bolivien fordern drastische Schritte, wie beispielsweise ein internationales Tribunal für Umwelt- und Klimagerechtigkeit und die Umwidmung von 20 Prozent der weltweiten Sicherheits- und Verteidigungsausgaben zugunsten des Klimaschutzes (UNSC 2011b: 26, Bolivien).

Bezüglich der Publikumsakzeptanz fällt auf, dass die Zahl der Kritiker des Klimasicherheitsdiskurses unter den Entwicklungs- und Schwellenländern leicht abgenommen hat. Die von einzelnen Ländern geforderten »außergewöhnlichen« Maßnahmen fanden trotzdem keine Resonanz. Die folgende Tabelle fasst die Positionen der Ländergruppen bezüglich der Frage, ob der Klimawandel im UNSC als Sicherheitsproblem diskutiert werden sollte, zusammen.

Tabelle 4: Zweite UNSC-Debatte über den Klimawandel (2011)

Länder gesamt: 60	Pro	Contra	Neutral
Industrieländer	20	1	0
Schwellenländer (China, Brasilien, Indien, Mexiko, Türkei)	0	3	2
Entwicklungsländer	15	7	13
Teilnehmer an Debatte gesamt	35	11	15
nur UNSC-Mitglieder	9	4	2

Ergebnis der Sicherheitsrats-Debatte von 2011 war wiederum kein offizieller Beschluss des Sicherheitsrates, sondern lediglich eine »Erklärung des Präsidenten« (also des deutschen Vorsitzes), in der sich eine ganz vorsichtige Anerkennung der »möglichen« Sicherheitsimplikationen des Klimawandels ausmachen lässt, die jedoch strittig blieb (UNSC 2011b: 32). Außerdem wurde der Generalsekretär aufgefordert, in seinen zukünftigen Berichten an den UN-Sicherheitsrat »kontextbezogene Informationen« über mögliche sicherheitspolitische Folgen des Klimawandels bereitzustellen (UNSC 2011c: 2). Aufgrund der Verabschiedung der Erklärung des Präsidenten kann nach dieser zweiten UNSC-Debatte von einer zumindest teilweise vorhandenen Akzeptanz der Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsproblem ausgegangen werden. Dennoch kann nicht von einer erfolgreichen Versicherheitlichung gesprochen werden, da keine außergewöhnlichen Maßnahmen beschlossen wurden.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass es seit 2003 zahlreiche Sprechakte in der internationalen Politik gegeben hat, die den Klimawandel als existentielle Bedrohung für die Sicherheit und den Weltfrieden beschrieben. Es wurde nur in Einzelfällen der Ruf nach außergewöhnlichen Maßnahmen laut. Diese Forderungen fanden jedoch keine Publikumsakzeptanz. Die Mehrzahl der Sprecherinnen forderte lediglich die Fortsetzung der Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls. Auch in der Literatur besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Versicherheitlichung des Klimawandels im Sinne der KS gescheitert ist (Oels 2012; Brauch et al. 2011; Oswald Spring/Brauch 2011).

4. Die gescheiterte Versicherheitlichung des Klimawandels: Methodologische und politische Konsequenzen

Sind die vielen Sprechakte zur Klimasicherheit also tatsächlich politisch folgenlos geblieben? In diesem Kapitel erweitern wir die Analyse der Kopenhagener Schule um eine Reihe von Dimensionen, die aus der Literatur bekannt sind. Wir wollen damit den Mehrwert dieser Theorieerweiterungen für den Fall des Klimasicherheitsdiskurses überprüfen. *Erstens* überprüfen wir, ob die einzelnen Elitensprechakte wirklich Auslöser der Versicherheitlichung sind oder ob sie nicht erst durch die weite Verbreitung von Klimasicherheitsargumenten möglich werden. *Zweitens* unterscheiden wir zwischen verschiedenen relevanten Publika und verschiedenen Stadien von deren Zustimmung und schauen, ob dies zu erklären vermag, an welchem Punkt genau die Versicherheitlichung des Klimawandels scheitert. *Drittens* folgen wir dem Vorschlag, zwischen verschiedenen Klimasicherheitsdiskursen zu unterscheiden und analysieren, welcher dieser Diskurse dominant ist und somit die politischen Folgen zeitigt. *Viertens* untersuchen wir, welche politischen Folgen durch den dominanten Diskurs genau ermöglicht werden. Und *fünftens* laden wir zu einer unvoreingenommenen Bewertung dieser politischen Folgen ein und nehmen keine Vorabverurteilung vor wie die KS. Anhand der theoretischen Diskussion dieser fünf Punkte und deren Anwendung auf den globalen Klimasicherheitsdiskurs zeigen wir, dass erst durch eine Erweiterung der Analyseperspektive sichtbar wird, welche politischen Folgen die vielen Sicherheits-Sprechakte im Feld der internationalen Klimapolitik hatten und wie diese zu bewerten sind.

(1) Kontext: Der Sprechakt als Spitze des Eisbergs

Ein erster Kritikpunkt ist der Fokus auf einzelne Eliten-Sprechakte und die damit nur unzureichende Konzeption des Kontextes der Versicherheitlichung der KS (vgl. Balzacq 2011; Oels 2012; Salter 2011). Die einzelnen Sprechakte (und der Fokus auf politische Eliten) sind zwar ein wichtiger Teil des Versicherheitlichungs-Prozesses, aber eine isolierte Betrachtung greift zu kurz. Geht es doch darum aufzuzeigen, dass der Sprechakt, statt alleiniger Auslöser einer Versicherheitlichung zu sein, nur die »Spitze des Eisbergs« bzw. den auffälligsten Scheitelpunkt eines Prozesses darstellen kann, in dem ein Thema nach und nach zu einem Sicherheitsproblem gemacht wird (Bigo 2009: 126). Der Versicherheitlichungs-Akteur greift dann als *policy entrepreneur* das Thema lediglich zum richtigen Zeitpunkt auf und nutzt die momentane öffentliche oder politische Meinung aus, um bestimmte Maßnahmen zu legitimieren (Léonard/Kaunert 2011: 68). Andersherum können auch ergriffene Maßnahmen und Praktiken ein Thema erst als Sicherheitsbedrohung hervorbringen (Büger/Stritzel 2005: 5; McDonald 2008: 564).

Betrachten wir die von uns untersuchten Kontexte der Klima-Sicherheitsdebatte, wird dies besonders deutlich. Die Diskussion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung im Sicherheitsrat in den Jahren 2007, 2011 und 2013 wurde unserer Ein-

schätzung nach überhaupt erst ermöglicht durch die vorangegangenen politischen und wissenschaftlichen Diskussionen. In diesem Fall war das zum einen eine erste Phase der Versicherheitlichung, die von etwa 1985 bis 1992 geführt wurde und in der vor allem Umweltschutzorganisationen (z. B. das *World Watch Institute*, das *Climate Institute*, die *New Economics Foundation* oder *Friends of the Earth*) als Versicherheitlichungs-Akteure auftraten (McNamara/Gibson 2009: 477-478). Zum anderen spielte die wissenschaftliche Diskussion um Ressourcenkonflikte und Umweltflüchtlinge der 1990er Jahre (Homer-Dixon 1994; 1999; Myers 1995; 2002) eine wichtige Rolle, die von unserer Analyse bislang völlig ausgeblendet war. Bereits diese frühen Klima- bzw. Umweltsicherheitsdiskussionen wurden in der Politik wahrgenommen und hatten besonders in der US-amerikanischen Politik handfeste Auswirkungen, etwa die Gründung einer ganzen Reihe von Programmen im Schnittpunkt zwischen Umwelt und Sicherheit (Floyd 2010). Im Laufe der zweiten Phase der Klima-Sicherheitsdebatte folgten dann auch erste Artikel in referierten Fachzeitschriften (Barnett/Adger 2007; Burke et al. 2009; Buhaug 2010; Barnett et al. 2010) sowie die Bündelung der Forschungsergebnisse und ihre Vermittlung an die Politik durch den IPCC.

Darüber hinaus spielten die bereits erwähnten amerikanischen Think-Tank-Berichte (CNA 2007; CSIS/CNAS 2007), die von der deutschen (WBGU 2007), der britischen (Stern 2006) und der US-Regierung (Schwartz/Randall 2003) in Auftrag gegebenen Studien sowie der Solana-Bericht der EU (Solana/EU-Kommission 2008) eine zentrale Rolle in der Konstituierung des Klima-Sicherheitsdiskurses. Wie bereits an den untersuchten Berichten und Debatten deutlich wurde, nehmen diese durchaus Bezug aufeinander. Bestimmte Argumentationen werden überhaupt erst dadurch möglich bzw. gewinnen ihre Kraft daraus, dass sie schon vorhandene Diskurselemente aufgreifen. So findet sich beispielsweise die Idee vom Klimawandel als »Bedrohungsmultiplikator« beim WBGU, im CNA-Bericht, im Solana-Bericht und im Bericht des UN Generalsekretärs (WBGU 2007: 43; CNA 2007: 1; Solana/EU Kommission 2008: 2; UNGA 2009b: 2). Zudem berufen sich fast alle Berichte auf die Forschungen von Homer-Dixon und Myers, wenn sie die Gefahr von Ressourcenkonflikten und Massenmigration erwähnen. Vor diesem Hintergrund sind die Sprechakte innerhalb des Sicherheitsrates dann weniger Auslöser, sondern vielmehr *Folge* eines sich ausbreitenden Klimasicherheitsdiskurses. Es kann sogar argumentiert werden, dass die Praktik, den Klimawandel im Sicherheitsrat zu behandeln, selbst einen Klimasicherheitsdiskurs konstituiert habe – völlig unabhängig von der inhaltlichen Debatte. Es reicht also nicht, einzelne Sprechakte zu analysieren, es müssen immer der Gesamtdiskurs-Kontext sowie dazugehörige Praktiken betrachtet und analysiert werden (vgl. Stritzel 2007; Balzacq 2005).

(2) *Publikum: Formale und moralische Akzeptanz*

Der Begriff des Publikums bleibt trotz seiner zentralen Stellung in der KS untertheoretisiert (Balzacq 2005; Roe 2008; Léonard/Kaunert 2011; Karafoulidis 2012),

wodurch auch die Suche nach der Akzeptanz der außergewöhnlichen Maßnahmen erschwert wird (Oels 2012: 192). So kann hinterfragt werden, ob es nicht mehr als *ein* relevantes Publikum gibt. Salter (2011) schlägt vor, zwischen Eliten-Setting, technokratischem Setting, Wissenschaft und öffentlicher Meinung zu unterscheiden (Salter 2011: 122). Zudem müssen mehrere Ebenen betrachtet werden (subnational, national, regional, international). Zusätzlich stellt sich bei all diesen Fällen die Frage, wie genau festgestellt werden kann, ob eine Akzeptanz beim Publikum gegeben ist (Balzacq 2011: 6-8; Oels 2012: 192; Stritzel 2007: 363).

Eine Weiterentwicklung der KS hat hier Balzacq vorgenommen, der zwischen formeller und moralischer Unterstützung unterscheidet (Balzacq 2011: 9). Formelle Unterstützung bezeichnet den Beschluss einer Erklärung (und ggf. zugehöriger Maßnahmen) durch ein legitimes Entscheidungsgremium, beispielsweise ein Parlament oder den Sicherheitsrat. Unter moralischer Akzeptanz versteht Balzacq die Zustimmung oder zumindest Duldung bestimmter Positionen oder Maßnahmen durch die öffentliche Meinung.

Noch etwas detaillierter betrachtet Paul Roe (2008) das Problem und führt eine weitere Unterscheidung zwischen »rhetorischer« und »aktiver« Versicherheitlichung ein. Der Versicherheitlichungsprozess lässt sich somit in zwei Phasen aufteilen: Erstens versucht der Versicherheitlichungs-Akteur in der »Identifikationsphase«, die Unterstützung – möglichst moralische und formale – der relevanten Publika darüber einzuholen, dass es sich bei dem Problem um eine existenzielle Bedrohung, also um ein Sicherheitsproblem handelt. Schafft er dies, kann von einer erfolgreichen »rhetorischen Versicherheitlichung« gesprochen werden. Das bedeutet aber keineswegs, dass auch die außergewöhnlichen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr akzeptiert werden. Dies muss in einem zweiten Schritt, der »Mobilisationsphase«, sichergestellt werden. Erst wenn auch die Maßnahmen akzeptiert werden, kann von einer erfolgreichen »aktiven Versicherheitlichung« gesprochen werden (Roe 2008: 622).

Bezogen auf die von uns analysierten Debatten im UNSC ergibt sich, wenn man diese Erweiterungen einbezieht, ein differenzierteres Bild. So lässt sich erkennen, dass zum Zeitpunkt der ersten Sicherheitsrats-Debatte möglicherweise eine moralische Akzeptanz der rhetorischen Versicherheitlichung vorlag, da im Jahr 2007 sowohl weite Teile der öffentlichen Meinung als auch die Mehrheit der teilnehmenden Länder im Sicherheitsrat davon ausgingen, dass es sich beim Klimawandel um ein dringendes, potentiell existentielles Problem handelt. Allerdings fehlte die formelle Akzeptanz der rhetorischen Versicherheitlichung, da das Thema nicht offiziell als Bedrohung für Frieden und Sicherheit anerkannt wurde. Genauso wenig kann von einer Akzeptanz der aktiven Versicherheitlichung die Rede sein, da keine außergewöhnlichen Maßnahmen möglich erschienen oder durchgeführt wurden.⁵

5 McDonald (2012) kommt in einer Analyse der australischen Klimapolitik zu ähnlichen Erkenntnissen und beobachtet, dass zwar eindeutig versicherheitlichende Argumentationen genutzt werden, die auch teilweise Publikumsakzeptanz finden, außergewöhnliche Gegenmaßnahmen aber ausbleiben. Einer der Gründe dafür ist eine fehlende Akzeptanz des Publikums bezüglich der vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen (McDonald 2012: 580, 590), die auch in unserem Fall zu beobachten ist. Siehe dazu auch Rothe (2012: 243).

Es wurde lediglich der Generalsekretär aufgefordert, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen, was 2009 dann auch geschah.

Betrachten wir die zweite UNSC-Debatte im Jahr 2011, kann aufgrund der Verabschiedung der Erklärung des Präsidenten und der geringeren Anzahl von Akteuren, die eine Klima-Sicherheitsdiskussion komplett ablehnten, von einer zumindest teilweise vorhandenen formellen Akzeptanz der rhetorischen Versicherunglichung ausgegangen werden. Dennoch bleibt auch hier eine Akzeptanz der aktiven Versicherunglichung aus, da keine außergewöhnlichen Maßnahmen beschlossen oder legitimiert werden. Die Ablehnung der aktiven Versicherunglichung in beiden UNSC-Debatten beruht dabei vor allem auf Vorbehalten, das Thema im UNSC zu diskutieren. Eine Legitimierung des UNSC in Klimafragen hätte erstens den Kreis der an der Entscheidung beteiligten Akteure deutlich eingeschränkt und zweitens bestimmte (auch außergewöhnliche) Gegenmaßnahmen ermöglicht, wie etwa militärisches Eingreifen in angeblich klimainduzierten Konflikten.

Wir argumentieren, dass die Versicherunglichung des Klimawandels trotz nur teilweise vorhandener Publikumsakzeptanz politische Konsequenzen gehabt hat, die wir im Folgenden noch weiter ausführen.

(3) Sicherheitslogik: Die Transformation des Sicherheitsbegriffs

In unserer empirischen Analyse der Klima-Sicherheitsdebatte wird deutlich, dass auf sehr unterschiedliche Sicherheitsbegriffe Bezug genommen wird. Ebenso fielen die im Zuge dieser Begriffe vorgestellten Bedrohungsszenarien und Lösungen sehr unterschiedlich aus. Viele Kritikerinnen der KS weisen darauf hin, dass auch der Sicherheitsbegriff und seine Folgen als sozial konstruiert und transformierbar konzeptioniert werden müssen (Trombetta 2011). Andere Sicherheitsbegriffe und andere Arten von Versicherunglichung können demnach auch zu anderen – teilweise auch positiv zu bewertenden – Konsequenzen führen (Detraz/Betsill 2009: 308, 315; Floyd 2007b: 328; Brzoska 2009: 144). Diese können nicht immer als außergewöhnlich bezeichnet werden, aber dennoch weitreichende und entscheidende Veränderungen darstellen. Trombetta schlägt deshalb vor, die von der KS angenommene Sicherheitslogik aufzubrechen und die Theorie zu erweitern (Trombetta 2008: 600).

Betrachtet man die Klima-Sicherheitsdebatte in den USA und in Europa, wird schnell deutlich, dass sehr unterschiedliche Sicherheitsbegriffe verwendet werden und auch die vorgeschlagenen Maßnahmen variieren. So nutzen US-amerikanische Akteure überwiegend den Begriff der nationalen Sicherheit und fokussieren stark auf Maßnahmen im Verteidigungs- und Sicherheitssektor (z. B. CNA 2007: 6). Auf europäischer Seite hingegen findet sich häufiger der Verweis auf die menschliche Sicherheit in den Entwicklungsländern und die diskutierten Maßnahmen sind eher auf verbesserte Klimaschutzbemühungen und entwicklungspolitische Ansätze gerichtet (WBGU 2007: 7-12; Stern 2006: 2; Solana/EU-Kommission 2008: 10-11).

Mit Blick auf die UNSC-Debatten von 2007 und 2011 lässt sich gut erkennen, dass ebenfalls sehr unterschiedliche Sicherheitsbegriffe genutzt wurden. Die in der ersten Debatte vorgebrachten Begriffe reichen von internationaler Sicherheit (11), kollektiver Sicherheit (18), nationaler Sicherheit (29), Umweltsicherheit (11), Energiesicherheit (6) bis zum Begriff der menschlichen Sicherheit (29). Das Konzept der menschlichen Sicherheit wird dabei teilweise explizit genutzt (etwa von Japan, Bolivien und Costa Rica), häufiger aber indirekt durch Verweise auf die Ernährungssicherheit oder die Bedrohung einzelner Individuen oder Gruppen (Deutschland, Peru, Palau, Norwegen und Mauritius) (UNSC 2007). In der zweiten Debatte lassen sich ebenfalls verschiedene Sicherheitskonzepte finden, etwa nationale, internationale und menschliche Sicherheit sowie Ernährungssicherheit. Am häufigsten wird in der Debatte auf die bedrohte internationale Sicherheit und die Ernährungssicherheit verwiesen,⁶ wobei diese Begriffe auch durch die Nennung in der deutschen *concept note* in die Debatte gebracht wurden. Der Begriff der menschlichen Sicherheit wird sowohl von einigen wenigen Industrieländern (Japan und Spanien) als auch von einigen Entwicklungsländern (El Salvador, Kasachstan, Kenia und Ghana) direkt erwähnt. Durch die Bezugnahmen auf die Nahrungsmittelsicherheit und Bedrohungen für Individuen und Gruppen spielte er zudem implizit in der Argumentation fast aller Beteiligten eine wichtige Rolle (UNSC 2011a).

Durch Bezugnahme auf unterschiedliche Sicherheitsbegriffe wurden dabei auch deutlich unterschiedliche Maßnahmen ermöglicht. Die Industrieländer und kleinen Inselstaaten, die als Versicherheitlichungsakteure auftraten, nutzten eher Begriffe wie nationale und internationale Sicherheit. Damit wurde die Zuständigkeit des Sicherheitsrates unterstrichen und der Fokus in Richtung sicherheits- und verteidigungspolitischer Gegenmaßnahmen gelenkt. Diese Art der Versicherheitlichung wurde von fast allen Entwicklungs- und Schwellenländern abgelehnt, wie dieses Zitat beispielhaft verdeutlicht: »The interference of the Security Council in areas that are not part of its mandate could have adverse effects [...]« (UNSC 2007a: 10, Bolivien). Das Argument, der Klimawandel bedrohe die *menschliche* Sicherheit oder äquivalente Sicherheitsbegriffe, wurde hingegen von einer sehr viel größeren Gruppe akzeptiert. Diese Länder betonten allerdings die Zuständigkeit von UN-Gremien, die allen Staaten zugänglich sind (UNSC 2007a: 4, Ägypten). Die Entwicklungsländer forderten entwicklungspolitische und ökonomische Unterstützung und die Reduktion der Treibhausgase in den Industrieländern: »Demonstrable progress and leadership is required from industrialized countries, particularly in providing reassurance that low carbon emissions will not be obtained at the cost of development [...]« (UNSC 2007a: 10, Bangladesch).

An diesen Beispielen wird deutlich, dass eine Verengung der Analyse auf eine von vorneherein festgelegte Sicherheitslogik wichtige Aspekte des Prozesses schlicht ausblendet.

6 UNSC (2011a): Brasilien (8); Nigeria (10); Vereinigtes Königreich (11); Frankreich (14); UNSC (2011b): Kasachstan (21); Spanien (40).

(4) *Außergewöhnliche Maßnahmen: Brauchen wir eine Schwelle der Versicherheitlichung?*

Laut Kopenhagener Schule zeichnet sich eine erfolgreiche Versicherheitlichung folgendermaßen aus: »[...] ›security‹ is the result of a move that takes politics beyond the established rules of the game and frames the issue as above normal politics« (Wæver 2012: 53). Jedoch bleibt in der klassischen KS unklar, ab wann genau eine Maßnahme »außergewöhnlich« ist: Liegt eine außergewöhnliche Maßnahme erst vor, wenn eine gültige Rechtsnorm gebrochen oder ein rechtlich vorgeschriebener demokratischer Prozess umgangen wurde? Oder zählen auch moralische und soziale Normen oder bestimmte Traditionen und Politikulturen zu Normen, deren Verletzung eine außergewöhnliche Maßnahme darstellt? Oder sind außergewöhnliche Maßnahmen schlicht alles, was den Rahmen des bislang »Normalen« sprengt? Da sich in der internationalen Klimapolitik bislang keine Maßnahmen finden lassen, die die Routine übersteigen, blieb uns eine Auseinandersetzung mit der genauen Schwelle des Außergewöhnlichen und den sich daraus ergebenden ernstzunehmenden praktisch-methodischen Problemen erspart (vgl. Stritzel 2007; McDonald 2008).

Für den Klimawandel ist daher eher die Auseinandersetzung mit möglichen politischen Konsequenzen unterhalb der Schwelle des Außergewöhnlichen interessant. Durch die Beschränkung auf »außergewöhnliche« Maßnahmen geraten der klassischen KS Veränderungen im Bereich des »Normalen« und der »Routine« aus dem Blick. Erst eine Erweiterung des Blicks – mit Bigo (2009) gesprochen von der Spitze des Eisbergs auf den ganzen Eisberg – erlaubt es, die Transformationen zu erfassen, die sich durch die Problematisierung des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung entwickelt haben. Trombetta argumentiert, dass die Konstruktion eines Umweltproblems als Sicherheitsbedrohung nicht zwangsläufig seiner Politisierung und damit erfolgreichen politischen Bearbeitung mit Routine-Maßnahmen entgegenstehen muss. Im Gegenteil, sie behauptet, dass (nach klassischen Kriterien) gescheiterte Versicherheitlichung und Politisierung Hand in Hand gehen können. Somit könne auch oder sogar gerade eine gescheiterte Versicherheitlichung des Klimawandels effektive Klimapolitik erst hervorbringen (Trombetta 2011: 140-143).

McDonald (2003) hat für den Fall Brasilien gezeigt, dass die Definition der Regenwaldabholzung als Problem der nationalen Sicherheit letztlich zu einer reduzierten Regenwaldabholzung führte. Neal (2009) behauptet, dass sogar die Gründung neuer Institutionen das Ergebnis einer gescheiterten Versicherheitlichung sein kann. Trombetta argumentiert, dass die Analyseperspektive der KS gerade im Bereich der Umweltpolitik um »[...] measures and policies that probably would not otherwise have been undertaken« (Trombetta 2011: 136) erweitert werden muss. Dies würde alle Maßnahmen umfassen, die durch einen Klimasicherheitsdiskurs politisch möglich wurden. Für den Fall der EU zeigt Trombetta, dass die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte und die europäischen Klimaschutzziele Ergebnis einer produktiven Verbindung von Klimasicherheits- mit Energiesicherheitsdiskursen waren (Trombetta 2012: 22-23).

Auf der Ebene der internationalen Klimapolitik sucht man jedoch vergeblich nach Fortschritten in der Routine-Politik im Untersuchungszeitraum. Der Versuch, unter dem Dach der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls ein Folgeabkommen auszuhandeln, bei dem auch die Schwellenländer und die USA sich zu verbindlichen Emissionsreduktionen verpflichten, ist bislang noch nicht erfolgreich gewesen. Die Frist zur Verabschiedung wurde immer wieder verschoben – zuletzt auf die Klimakonferenz in Paris Ende 2015. Darüber hinaus sieht es danach aus, dass jedes Land selber festlegen können soll, welche Verpflichtungen es sich auferlegt. Damit rückt das Erreichen des 2-Grad-Ziels (d.h. den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen) in weite Ferne.

War der Klimasicherheitsdiskurs also doch folgenlos, wo er doch gar nicht zu Emissionsreduktionen geführt hat? Nein, wir argumentieren, dass das Gegenteil der Fall ist. Die intensive Diskussion über den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung hat das politische Klima drastisch verändert und somit einen Möglichkeitsraum für neue, andere Maßnahmen geschaffen (Trombetta 2011: 136; Oels 2012). Wir argumentieren, dass im Zuge des Klimasicherheitsdiskurses ein Wandel in der Gefahrenkonstruktion stattgefunden hat. Galten früher die Emissionen als gefährlich und stand deren Reduktion im Vordergrund, so stehen nun die als unvermeidbar dargestellten Klimafolgen im Mittelpunkt der Gefahrenkonstruktion (Oels 2013). Der gefährliche Klimawandel wird vom Klimasicherheitsdiskurs als letztlich nicht mehr vermeidbar dargestellt. Dies macht eine Vorbereitung auf die gefährlichen Klimafolgen erforderlich, insbesondere Anpassungsmaßnahmen, aber auch Maßnahmen des Katastrophenschutzes und der Resilienz gegen Klimaschocks (Oels 2014; Methmann/Oels 2015; Mayer 2012). Dies kann mit einem Zitat aus der zweiten UN-Sicherheitsratsdebatte belegt werden:

»We therefore hope that even at this late stage we can reach agreement on the presidential statement drafted by the German presidency. This would send a powerful signal of the importance that the Security Council places on mitigating the security risks posed by climate change « (UNSC 2011a: 12, Großbritannien).

Diese Verschiebung der Prioritäten in der zweiten UN-Sicherheitsratsdebatte führt dazu, dass der Fokus mehr und mehr auf Konfliktpräventionsmaßnahmen, Frühwarnsysteme und Katastrophenschutz gelegt wird, wie Wortbeiträge von Portugal (UNSC 2011a: 21), Dänemark (UNSC 2011b: 3), Nauru (UNSC 2011a: 23), Neuseeland (UNSC 2011b: 5), Irland (UNSC 2011b: 13) und Japan (UNSC 2011b: 14) veranschaulichen. Der Klimasicherheitsdiskurs führt – vor allem in den Industrieländern – dazu, dass das Thema Klimasicherheit in viele Politikfelder wie Entwicklungspolitik, Katastrophenvorsorge, Migrationspolitik sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik integriert wird. Statt einer Kolonisierung von ehemals nicht sicherheitspolitisch relevanten Bereichen – etwa einer befürchteten Militarisierung der Entwicklungshilfe (Wagner 2008) –, kommt es hier aber eher zum umgekehrten Effekt: einer Klimatisierung der Entwicklungs-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Migrationspolitik sowie des Katastrophenschutzes (Brzoska/Oels 2011; Oels 2012;

Oels 2013). Dies ist der Anfang einer ganz neuen Analysestrategie, die hier nur angedeutet, aber nicht in vollem Umfang durchgeführt werden kann.

(5) Normative Bewertung der Versicherheitlichung

Wie sind nun die politischen Konsequenzen des Klimasicherheitsdiskurses zu bewerten? Für die KS ist klar, dass Versicherheitlichung gleichbedeutend mit negativen Konsequenzen ist und daher so viele Themen wie möglich »entsicherheitlicht«⁷ werden sollten. Gerade in der Umweltpolitik hat sich jedoch gezeigt, dass eine bestimmte Art der Versicherheitlichung durchaus zu einer Politisierung von Umweltthemen führt, die einen politischen Prozess in Gang bringen kann (Trombetta 2011: 140-143; Floyd 2007b: 337). Auf der anderen Seite bedeutet eine nach den Kriterien der KS gescheiterte Versicherheitlichung aber eben auch nicht, dass negative Konsequenzen ausgeschlossen werden können.

Detraz und Betsill (2009) haben argumentiert, dass im Feld der internationalen Klimapolitik zwischen zwei verschiedenen Sicherheitsdiskursen unterschieden werden müsse: einem Umweltkonfliktdiskurs, der sich auf das Konzept der nationalen Sicherheit stütze, und einem Umweltsicherheitsdiskurs, der näher am Konzept der menschlichen Sicherheit angesiedelt sei. Für die Autorinnen steht von vorneherein fest, dass der Diskurs der nationalen Sicherheit der Lösung des Klimaproblems abträglich sei, weil er militärische Maßnahmen in Anschlag bringe. Hingegen sei der Diskurs der menschlichen Sicherheit nützlich für die Durchsetzung von Klimapolitik. Weil derzeit in der internationalen Klimapolitik der Diskurs der menschlichen Sicherheit die größte Unterstützung erfährt, geben Detraz und Betsill Entwarnung (Detraz/Betsill 2009: 316). Im folgenden Abschnitt hinterfragen wir diese Einschätzung. Wir folgen dem Vorschlag von Floyd (2007b: 337), die tatsächlichen Konsequenzen eines Sicherheitsdiskurses zu erheben und zu bewerten. Sie nennt dieses Vorgehen folgerichtig »*consequentialist analysis*« (Floyd 2007b).

In diesem Abschnitt zeigen wir auf, warum die breite Zustimmung zum Diskurs der menschlichen Sicherheit im Feld der internationalen Klimapolitik keineswegs Grund zum Aufatmen ist. Wir legen nahe, dass es gerade der Diskurs der menschlichen Sicherheit ist, der im 21. Jahrhundert den Einsatz militärischer Gewalt zu legitimieren vermag. Das Konzept der menschlichen Sicherheit wurde ursprünglich als Alternative zum Konzept der nationalen Sicherheit entwickelt, um nach Ende des Kalten Krieges die frei werdenden Rüstungsausgaben in die Entwicklungszusammenarbeit umzulenken. Inzwischen ist das Konzept der menschlichen Sicherheit längst im Mainstream angekommen (Floyd 2007a; McCormack 2010). Auf dem Weg dorthin hat es jedoch einige diskursive Verschiebungen gegeben: Stand ursprünglich die Sicherung menschlicher Entwicklung im Vordergrund, so steht seit dem 11. September 2001 wieder die nationale Sicherheit der Industrieländer im Fo-

7 Für eine ausführlichere Diskussion zu diesem Konzept siehe Huysmans (1998; 2008) und Salter (2008).

kus (Duffield/Waddell 2006). Die Industrieländer sorgen sich nur *deswegen* um die menschliche Sicherheit in den Entwicklungsländern, weil die Destabilisierung fragiler Staaten in einer interdependenten Welt auch auf die Industrieländer zurück schlagen kann. Ein gern verwendetes Szenario in der Klimasicherheitsdebatte lautet, dass klimawandelbedingte Extremwetter-Ereignisse unkontrollierte Migrationsströme auslösen könnten, die ganze Regionen destabilisieren und sogar zu gewaltsamen Konflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen führen könnten (CNA 2007: 18). Infolgedessen könnten beispielsweise wichtige Versorgungslinien mit Nahrungsmitteln oder fossilen Brennstoffen unterbrochen werden, was große Auswirkungen auf Preise und die Versorgungslage in den Industrieländern haben würde (CNA 2007: 20, 44). Zur Vermeidung ökonomischer Schäden wären die Industrieländer eventuell interessiert, im Namen einer angeblich oder tatsächlich bedrohten menschlichen Sicherheit der Bevölkerung militärisch zu intervenieren und dies im Namen der *Responsibility to Protect* zu tun (Hartmann 2010: 241). Unterentwicklung oder fehlende Anpassung an den Klimawandel wird so zunehmend als Sicherheitsproblem behandelt, welches eben nicht nur die Betroffenen bedroht, sondern in einer interdependenten Welt auch die Industriestaaten (Duffield/Waddell 2006: 8; Ziai 2010: 157).

Für den Fall der internationalen Klimapolitik haben wir im Abschnitt 4 dargelegt, dass der Klimasicherheitsdiskurs eine Diskursverschiebung darstellt, die eine Vorbereitung auf die Folgen des als unvermeidbar dargestellten Klimawandels erforderlich mache. Wie ist diese Diskursverschiebung zu bewerten? Die größte Sorge der KS war es, dass der Klimasicherheitsdiskurs außergewöhnliche Maßnahmen im Namen der Sicherheit legitimieren könnte. Für den Fall des Klimawandels muss nun aber festgehalten werden, dass durch den Klimasicherheitsdiskurs eine gewisse Tatenlosigkeit gegenüber dem Klimawandel gerechtfertigt wird (Swyngedouw 2010; Methmann/Rothe 2012). Es ist gerade die Darstellung des Klimawandels und seiner gefährlichen Folgen als unvermeidbar, die politischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung die Handlungsgrundlage entzieht und sie aus dem Reich des Denk- und Machbaren verbannt. Wir folgen hier Methmann/Oels (2015), die eine Naturalisierung und Entpolitisierung des Klimawandels durch den Klimasicherheitsdiskurs diagnostizieren. Rational erscheint im Angesicht der Klimakatastrophe nur noch die Vorbereitung auf mögliche Klimaschocks, vor allem durch Steigerung der Resilienz der potentiell betroffenen Menschen und Regionen. Wie die Autoren zeigen, wird im Zuge des Klimasicherheitsdiskurses die Verantwortung für die Vorbereitung auf die Klimafolgen an die Entwicklungsländer delegiert. Im Namen der Emanzipation und des *empowerment* wird erwähnt, dass die Betroffenen wohl selbst am besten wüssten, wie sie sich effektiv auf die Klimafolgen vorbereiten könnten. Keine Rede ist hingegen von umfangreicher finanzieller Unterstützung durch den Norden und schon gar nicht von einem Recht auf Kompensation für erlittene Verluste durch den menschengemachten Klimawandel, der ja vor allem von den Industrieländern verursacht wurde (Methmann/Oels 2015).

Unseres Erachtens ist die im Klimasicherheitsdiskurs erfolgte Darstellung des Klimawandels als unabänderliche Tatsache die größte Bedrohung für seine politische Bearbeitung. McNamara und Gibson haben eindringlich dargelegt, dass die

Auseinandersetzung über den Klimawandel im Kern eine ontologische ist: Es ist ein Streit über mögliche geopolitische Zukünfte. Wenn klimabedingte Migration von den kleinen Inseln als »unfortunate but acceptable ›solutions« (McNamara/Gibson 2009: 482) dargestellt wird und somit impliziert wird, dass die kleinen Inselstaaten untergehen werden, so ist dies lediglich der Versuch, die Untätigkeit der Industrieländer im Klimaschutz zu legitimieren und von ihrer politischen Verantwortung für den Klimawandel abzulenken (McNamara/Gibson 2009: 482). Gleichmaßen akzeptieren die Menschen, die sich resilient gegen Klimaschocks machen, die »disastrousness of the world« als Bedingung ihrer Teilhabe an eben dieser Welt (Evans/Reid 2013: 3). Reid (2012) spricht davon, dass resiliente Subjekte letztlich »politically debased subjects« seien, da sie außerstande sind, sich eine Welt vorzustellen, die frei von Klimaschocks ist. Was ihnen fehlt, ist die Fähigkeit, politisch zu denken, also einen Dissenz zum Status Quo zu denken (Rancière 2004): »The human here is conceived as resilient in so far as it adapts to rather than resists the conditions of its suffering in the world« (Reid 2012: 76). Reid empfiehlt als Strategie des politischen Widerstands gegen die neue Vorherrschaft der Resilienz, sich zu weigern, gefährlich zu leben (Reid 2012).

5. Fazit: Von der Mitigation der Treibhausgase zur Mitigation der Sicherheitsrisiken des Klimawandels

Erstes Ziel unseres Artikels war es, zu überprüfen, ob der Klimawandel im Feld der internationalen Politik nach den Kriterien der klassischen KS als erfolgreich versicherheitlicht gelten kann. Obwohl zahlreiche Sprechakte beobachtet werden können, die den Klimawandel als existentielle Bedrohung darstellen, muss die Versicherheitlichung des Klimawandels im Sinne der KS als gescheitert angesehen werden. Die von der Schule befürchteten außergewöhnlichen Maßnahmen – oder zumindest deren Legitimierung – lassen sich beim untersuchten Fall Klimawandel nicht finden. Zweites Ziel dieses Artikels war es, dennoch die politischen Folgen des Klimasicherheitsdiskurses zu erheben. Dazu wurde die Kopenhagener Schule theoretisch erweitert und für den Fall des Klimasicherheitsdiskurses der Mehrwert einer solchen Theorieerweiterung herausgearbeitet.

Wir haben gezeigt, dass es *erstens* einen erheblichen Mehrwert bringt, den größeren Kontext in die Analyse einzubeziehen, in dem die Versicherheitlichung stattfindet. So haben wir dargestellt, dass in vielen Fällen die Eliten-Sprechakte eher als *Folge* eines fortschreitenden Klimasicherheitsdiskurses begriffen werden müssen und nicht als dessen Auslöser. Neben Eliten-Sprechakten sollten gleichermaßen Praktiken (wie die Behandlung im Sicherheitsrat) als Auslöser von Versicherheitlichung untersucht werden.

Zweitens sollte bei der Analyse von mehreren relevanten Publika ausgegangen werden und in Bezug auf die Zustimmung dieser Publika zwischen formeller und moralischer Zustimmung unterschieden werden. Ferner kann die Unterscheidung zwischen rhetorischer und aktiver Versicherheitlichung dabei helfen, Prozesse zu beschreiben, in denen die Sicherheitssprache akzeptiert wird, diese jedoch nicht zu

außergewöhnlichen Maßnahmen führt. So wird auch eine nur teilweise erfolgreiche Versicherheitlichung beschreibbar und mit ihren Folgen analysierbar.

Drittens zeigen wir, dass es erforderlich ist, von einem wandelbaren Sicherheitsbegriff auszugehen, der keineswegs immer die von der KS gefürchteten Folgen mit sich bringen muss. Für die empirische Anwendung bedeutet dies, dass eine sorgfältige Analyse der verwendeten Sicherheitsbegriffe und -diskurse und der dadurch legitimierten Vorgehensweisen erforderlich ist. Für den Fall des Klimasicherheitsdiskurses konnten wir zeigen, dass ein Verständnis des Klimawandels als Problem menschlicher Sicherheit vorherrschte und auch teilweise auf Zustimmung stieß. Eine Versicherheitlichung auf Basis von Begriffen wie nationaler oder internationaler Sicherheit wurde hingegen von vielen abgelehnt.

Viertens haben wir aufgezeigt, dass mit der Abwesenheit außergewöhnlicher Maßnahmen die Untersuchung der politischen Folgen des Klimasicherheitsdiskurses noch lange nicht abgeschlossen ist. So ist im Zuge der Sicherheitsdebatte statt Mitigation der Treibhausgase zunehmend die Mitigation der Sicherheitsrisiken in den Vordergrund gerückt. In der klimapolitischen Debatte finden sich als Folge zunehmend Katastrophenschutz-Maßnahmen und Konzepte wie »*preparedness*« und »*resilience*« (Briggs 2012: 1054). Damit hat sich die politische Diskussion deutlich verschoben, und es wurde Raum geschaffen für neue und andere politische Maßnahmen, die von der KS alten Stils nicht in den Blick genommen werden.

Schließlich ist es wichtig, die normative Bewertung der Folgen einer Thematisierung als Sicherheitsbedrohung nicht schon von vornerein als negativ (oder positiv) festzulegen (vgl. Floyd 2007b). Vielmehr besteht theoretisch die Möglichkeit, dass unterschiedliche Sicherheitsbegriffe auch zu unterschiedlichen Folgen führen. Wir haben davor gewarnt, den Diskurs der menschlichen Sicherheit als »harmlos« oder gar förderlich einzustufen. Wir zeigen für den Fall des Klimawandels, dass in Zukunft vermehrt humanitäre Interventionen – etwa im Rahmen der *Responsibility to Protect* – durch den Klimasicherheitsdiskurs und sein Verständnis menschlicher Sicherheit legitimiert werden könnten. Die Darstellung des Klimawandels als unabänderliche Tatsache ist letztlich die größte Bedrohung für seine politische Bearbeitung. All diese Punkte zusammen genommen, hat sich gezeigt, dass die diskutierten Erweiterungen durchaus zu neuen Erkenntnissen führen und die KS in entscheidenden Punkten verbessern. Anstelle eines *one size fits all*-Ansatzes empfehlen wir, je nach Fragestellung und Anlage der Untersuchung die passenden Theorieerweiterungen zur KS anzuwenden.

Für weitere Untersuchungen der Klima-Sicherheitsdebatte bieten die von uns angesprochenen Argumente vielfältige Anknüpfungspunkte. So könnte etwa noch genauer herausgearbeitet werden, welche Akteurskoalitionen welche Sicherheitsbegriffe nutzen. Zudem wäre es interessant, vergleichend zu untersuchen, ob sich die genutzten Sicherheitsbegriffe von Land zu Land unterscheiden und welche politischen Konsequenzen dadurch in diesen nationalen Kontexten ermöglicht werden. Daran anschließend stellt sich auch die Frage, wie solche nationalen Versicherheitlichungen von der internationalen Diskussion beeinflusst werden. Wir hoffen, dass die Erkenntnisse unserer Untersuchung in Bezug auf die Theorie der Versicherheitlichung die Beantwortung dieser Fragestellungen erleichtern.

Literatur

- Austin, John L.* 1975: How to Do Things with Words, Cambridge.
- Balzacq, Thierry* 2005: The Three Faces of Securitization: Political Agency, Audience and Context, in: *European Journal of International Relations* 11: 2, 171-201.
- Balzacq, Thierry* 2011: A Theory of Securitization: Origins, Core Assumptions, and Variants, in: ders. (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London, 1-30.
- Barnett, Jon/Adger, Neil W.* 2007: Climate Change, Human Security and Violent Conflict, in: *Political Geography* 26: 6, 639-655.
- Barnett, Jon/Matthew, Richard A./O'Brien, Karen* 2010: Global Environmental Change and Human Security: An Introduction, in: Matthew, Richard A./Barnett, Jon/McDonald, Bryan/O'Brien, Karen (Hrsg.): *Global Environmental Change and Human Security*, London, 3-32.
- Bigo, Didier* 2009: International Political Sociology, in: Williams, Paul (Hrsg.): *Security Studies: An Introduction*, London, 116-129.
- Blair, Tony* 2003: Prime Minister's Speech on Sustainable Development, 24.2.2003, in: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20041109040811/number10.gov.uk/page3073;12.3.2015>.
- Brauch, Hans G.* 2009: Securitizing Global Environmental Change, in: Brauch, Hans G./Oswald-Spring, Ursula/Grin, John/Mesjasz, Czeslaw/Kameri-Mbote, Patricia/Chadha Behera, Navnita/Chouru, Béchir/Krummenacher, Heinz (Hrsg.): *Facing Global Environmental Change: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts*, Berlin, 65-104.
- Brauch, Hans G./Oswald-Spring, Ursula/Mesjasz, Czeslaw/Grin, John/Kameri-Mbote, Patricia/Chourou, Bechir/Birkmann, Jörn* (Hrsg.) 2011: Coping with Global Environmental Change, Disasters and Security: Threats, Challenges, Vulnerabilities and Risks (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace, Band 5), Berlin.
- Briggs, Chad M.* 2012: Climate Security, Risk Assessment and Military Planning, in: *International Affairs* 88: 5, 1049-1064.
- Brzoska, Michael* 2009: The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security, in: *Sicherheit und Frieden* 27: 3, 137-145.
- Brzoska, Michael/Oels, Angela* 2011: »Versicherheitlichung« des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen, in: Brzoska, Michael/Kalinowski, Martin/Matthies, Volker/Meyer, Berthold (Hrsg.): *Klimawandel und Konflikte. Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?*, Baden-Baden, 51-67.
- Büger, Christian/Stritzel, Holger* 2005: New European Security Theory. Zur Emergenz eines neuen europäischen Forschungsprogramms, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12: 2, 437-446.
- Buhaug, Halvard* 2010: Climate Not to Blame for African Civil Wars, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 107: 38, 16477-16482.
- Burke, Marshall B./Miguel, Edward/Satyanath, Shanker/Dykema, John B./Lobell, David B.* 2009: Warming Increases the Risk of Civil War in Africa, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 106: 49, 20670-20674.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap* 1998: *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder, CO.
- CSIS/CNAS (Center for Strategic & International Studies/Center for a New American Security)* 2007: *The Age of Consequences. The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change*, Washington D.C.
- CNA* 2007: *National Security and the Threat of Climate Change*, Alexandria, VA.
- Dalby, Simon* 2009: *Security and Environmental Change*, Cambridge, MA.

- Detraz, Nicole/Betsill, Michele M.* 2009: Climate Change and Environmental Security. For Whom the Discourse Shifts, in: *International Studies Perspectives* 10: 3, 303-320.
- Deudney, Daniel H.* 1990: The Case Against Linking Environmental Degradation and National Security, in: *Millennium* 19: 3, 461-476.
- Deudney, Daniel H./Matthew, Richard A.* (Hrsg.) 1999: *Contested Grounds: Security and Conflict in the New Environmental Politics*, Albany, NY.
- Donner, Susanne/Faltin, Felix* 2007: *Klimapolitische Entwicklungen in den USA. Initiativen auf bundesstaatlicher und regionaler Ebene (Info-Brief der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages)*, Berlin.
- Duffield, Mark/Waddell, Nicholas* 2006: Securing Humans in a Dangerous World, in: *International Politics* 43: 1, 1-23.
- Evans, Brad/Reid, Julian* 2013: Dangerously Exposed: The Life and Death of the Resilient Subject, in: *Resilience. International Policies, Practices and Discourses* 1: 2, 1-16.
- Floyd, Rita* 2007a: Human Security and the Copenhagen School's Securitization Approach: Conceptualizing Human Security as a Securitizing Move, in: *Human Security Journal* 5, 38-49.
- Floyd, Rita* 2007b: Towards a Consequentialist Evaluation of Security: Bringing Together the Copenhagen and the Welsh Schools of Security Studies, in: *Review of International Studies* 33: 2, 327-350.
- Floyd, Rita* 2010: *Security and the Environment: Securitisation Theory and US Environmental Security Policy*, Cambridge, MA.
- Gore, Albert A.* 2007: Nobel Peace Prize Lecture, in: http://nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2007/gore-lecture_en.html; 7.3.2013.
- Hartmann, Betsy* 2010: Rethinking Climate Refugees and Climate Conflict: Rhetoric, Reality and the Politics of Policy Discourse, in: *Journal of International Development* 22: 2, 233-246.
- Homer-Dixon, Thomas F.* 1994: Environmental Scarcities and Violent Conflict. Evidence from Cases, in: *International Security* 19: 1, 5-40.
- Homer-Dixon, Thomas F.* 1999: *Environment, Scarcity and Violence*, Princeton, NY.
- Huysmans, Jef* 1998: The Question of the Limit: Desecuritisation and the Aesthetics of Horror in Political Realism, in: *Millennium* 27: 3, 569-589.
- Huysmans, Jef* 2004: Minding Exceptions: The Politics of Insecurity and Liberal Democracy, in: *Contemporary Political Theory* 3: 3, 321-341.
- Huysmans, Jef* 2008: *The Politics of Insecurity. Fear, Migration and Asylum in the EU (The New International Relations Series)*, London.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change)* 2007: *A Report of Working Group I of the Intergovernmental Panel on Climate Change: Summary for Policymakers*, New York, NY.
- Karafoulidis, Tasos* 2012: Audience: A Weak Link in the Securitization of the Environment?, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans G./Link, Peter M./Schilling, Jan-peter (Hrsg.): *Climate Change, Human Security and Violent Conflict*, Berlin, 259-272.
- King, David A.* 2004: Climate Change Science: Adapt, Mitigate, or Ignore?, in: *Science* 303: 5655, 176-177.
- Lee, James R.* 2009: *Climate Change and Armed Conflict: Hot and Cold Wars (Routledge Studies in Peace and Conflict Resolution)*, London.
- Léonard, Sarah/Kaunert, Christian* 2011: Reconceptualizing the Audience in Securitization Theory, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London.
- Mabey, Nick* 2008: *Delivering Climate Security: International Security Responses to a Climate Changed World (Whitehall Papers, Band 69)*, Essex.
- Mayer, Maximilian* 2012: Chaotic Climate Change and Security, in: *International Political Sociology* 6: 2, 165-185.

- McCormack, Tara* 2010: Critique, Security and Power: The Political Limits to Emancipatory Approaches (Routledge Critical Security Studies), London.
- McDonald, Matt* 2003: Environment and Security: Global Eco-politics and Brazilian Deforestation, in: Contemporary Security Policy 24: 2, 69-94.
- McDonald, Matt* 2008: Securitization and the Construction of Security, in: European Journal of International Relations 14: 4, 563-587.
- McDonald, Matt* 2012: The Failed Securitization of Climate Change in Australia, in: Australian Journal of Political Science 47: 4, 579-592.
- McNamara, Karen E./Gibson, Chris* 2009: We Do Not Want to Leave Our Land. Pacific Ambassadors at the United Nations Resist the Category of »Climate Refugees«, in: Geoforum 40: 3, 475-483.
- Methmann, Chris/Rothe, Delf* 2012: Politics for the Day After Tomorrow: The Logic of Apocalypse in Global Climate Politics, in: Security Dialogue 43: 4, 323-344.
- Methmann, Chris/Oels, Angela* 2015: From »Fearing« to »Empowering« Climate Refugees: Governing Climate-induced Migration in the Name of Resilience, in: Security Dialogue 46: 1, 51-68.
- Myers, Norman* 1995: Environmental Exodus: An Emergent Crisis in the Global Arena, Washington, DC.
- Myers, Norman* 2002: Environmental Refugees: A Growing Phenomenon of the 21st Century, in: Philosophical Transaction of the Royal Society: Biological Sciences 357: 1420, 609-613.
- Neal, Andrew W.* 2009: Securitization and Risk at the EU Border: The Origins of FRONTEX, in: Journal of Common Market Studies 47: 2, 333-356.
- Nordas, Ranghild/Gleditsch, Nils P.* 2007: Climate Change and Conflict, in: Political Geography 26: 6, 627-638.
- Oels, Angela* 2012: From »Securitization« of Climate Change to »Climatization« of the Security Field: Comparing Three Theoretical Perspectives, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans-Günther/Link, Michael P./Schilling, Jan P. (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability, Berlin, 185-205.
- Oels, Angela* 2013: Rendering Climate Change Governable by Risk. From Probability to Contingency, in: Geoforum 45: 2, 17-29.
- Oels, Angela* 2014: Climate Security as Governmentality: From Precaution to Preparedness, in: Stripple, Johannes/Bulkeley, Harriet (Hrsg.): Governing the Climate. New Approaches to Rationality, Power and Politics, Cambridge, MA, 197-216.
- Oswald Spring, Úrsula/Brauch, Hans G.* 2011: Coping with Global Environmental Change: Sustainability Revolution and Sustainable Peace, in: Brauch, Hans G./Oswald-Spring, Úrsula/Mesjasz, Czeslaw/Grin, John/Kameri-Mbote, Patricia/Chourou, Bechir/Birkmann, Jörn (Hrsg.): Coping with Global Environmental Change, Disasters and Security Threats, Challenges, Vulnerabilities and Risks (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace, Band 5), Berlin, 1487-1504.
- Rancière, Jacques* 2004: Who is the Subject of the Rights of Man?, in: The South Atlantic Quarterly 103: 2/3, 297-310.
- Reid, Julian* 2012: The Disastrous and Politically Debased Subject of Resilience, in: Development Dialogue 58, 67-80.
- Roe, Paul* 2008: Actor, Audience(s) and Emergency Measures: Securitization and the UK's Decision to Invade Iraq, in: Security Dialogue 39: 6, 615-635.
- Rothe, Delf* 2012: Security as a Weapon: How Cataclysm Discourses Frame International Climate Negotiations, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans-Günther/Link, Michael P./Schilling, Jan P. (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict. Challenges for Societal Stability, Berlin, 243-258.
- Salter, Mark B.* 2008: Securitization and Desecuritization: A Dramaturgical Analysis of the Canadian Air Transport Security Authority, in: Journal of International Relations and Development 11: 4, 321-349.

- Salter, Mark B.* 2011: When Securitization Fails: The Hard Case of Counter-terrorism Programs, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London.
- Schwartz, Peter/Randall, Doug* 2003: *An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security*, Washington, DC.
- Sidsnet* 2013: UN Security Council Discusses Security Implications of Climate Change, 21.2.2013, in: <http://www.sidsnet.org/news/un-security-council-discusses-security-implications-climate-change/>; 13.12.2013.
- Solana, Javier/EU-Kommission* 2008: *Climate Change and International Security*, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, Dokument Nr. S113/08.
- Stern, Nicholas* 2006: *Stern Review on the Economics of Climate Change*, London.
- Sritzel, Holger* 2007: Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and Beyond, in: *European Journal of International Relations* 13: 3, 357-383.
- Swyngedouw, Erik* 2010: Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change, in: *Theory, Culture & Society* 27: 2-3, 213-232.
- Trombetta, Maria J.* 2008: Environmental Security and Climate Change: Analysing the Discourse, in: *Cambridge Review of International Affairs* 21: 4, 585-602.
- Trombetta, Maria J.* 2011: Rethinking the Securitization of the Environment. Old Beliefs, New Insights, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London, 135-149.
- Trombetta, Maria J.* 2012: *European Energy Security Discourses and the Development of a Common Energy Policy (Working Paper of the Energy Delta Gas Research)*, Groningen.
- UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change)* 1995: *Framework Convention on Climate Change (Report of the Conference of the Parties on its First Session)*, Berlin, 28.3.-7.4.2015).
- UNGA (United Nations General Assembly)* 2008: Protection of Global Climate for Present and Future Generations of Mankind, Resolution Adopted by the General Assembly, A/RES/62/86, New York, NY.
- UNGA* 2009a: Climate Change and its Possible Security Implications, Resolution Adopted by the General Assembly, A/RES/63/281, New York, NY.
- UNGA* 2009b: Climate Change and its Possible Security Implications. Report of the Secretary-General, A/64/350, New York, NY.
- UNSC (United Nations Security Council)* 2007a: 5663rd Meeting, Tuesday, 17 April 2007, 10 a.m. New York, NY.
- UNSC* 2007b: 5663 Meeting, Tuesday, 17 April 2007, 3 p.m., S/PV5663 (Resumption 1), New York, NY.
- UNSC* 2011a: 6587th Meeting, Wednesday, 20 July 2011, 10 a.m., New York, NY.
- UNSC* 2011b: 6587th Meeting, Wednesday, 20 July 2011, 3 p.m., New York, NY.
- UNSC* 2011c: Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, S/PRST/2011/15, New York, NY.
- UNSC* 2013: Press Conference on Impact of Climate Change on Marshall Islands, 15.2.2013, in: http://www.un.org/News/briefings/docs/2013/130215_MI.doc.htm; 13.12.2013.
- Wæver, Ole* 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): *On Security*, New York, NY, 46-86.
- Wæver, Ole* 2012: Aberystwyth, Paris, Copenhagen: The Europeanness of New »Schools« of Security Theory in an American Field, in: Tickner, Arlene B./Wæver, Ole (Hrsg.): *Thinking the International Differently: Worlding Beyond the West*, London.
- Wagner, Jürgen* 2008: Die Versicherheitlichung des Klimawandels. Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert, in: *IMI Magazin* 16/2008, 14-16.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen)* 2007: *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Berlin.

Ziai, Aram 2010: German Development Policy 1998-2005: The Limits of Normative Global Governance, in: Journal of International Relations and Development 13: 2, 136-162.

Anhang

Tabelle 5: Dokumente für die Inhaltsanalyse (chronologisch)

Für die Inhaltsanalysen verwendete Dokumente (chronologisch geordnet)	
Jahr	Dokument
2003	<i>Schwartz, Peter/Randall, Doug</i> 2003: An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security
2006	<i>Stern, Nicholas</i> 2006: Stern Review on the Economics of Climate Change
2007	<i>Gore, Albert A.</i> 2007: Nobel Peace Prize Lecture
2007	<i>WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen)</i> 2007: Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel
2007	<i>UNSC (United Nations Security Council)</i> 2007a: 5663rd Meeting, Tuesday, 17 April 2007, 10 a.m., New York <i>UNSC</i> 2007b: 5663 Meeting, Tuesday, 17 April 2007, 3 p.m., S/PV5663 (Resumption 1), New York
2007	<i>CNA</i> 2007: National Security and the Threat of Climate Change
2007	<i>Center for Strategic & International Studies/Center for a New American Security</i> 2007: The Age of Consequences: The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change
2008	<i>UNGA (United Nations General Assembly)</i> 2008: Resolution Adopted by the General Assembly. Protection of Global Climate for Present and Future Generations of Mankind, A/RES/62/86, New York
2008	<i>Solana, Javier/EU-Kommission</i> 2008: Climate Change and International Security. Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council (S113/08)
2009	<i>UNGA</i> 2009a: Resolution Adopted by the General Assembly. Climate Change and its Possible Security Implications, A/RES/63/281, New York
2009	<i>UNGA</i> 2009b: Climate Change and its Possible Security Implications. Report of the Secretary-General, A/64/350 (2009), New York
2011	<i>UNSC</i> 2011a: 6587th meeting, Wednesday, 20 July 2011, 10 a.m., New York <i>UNSC</i> 2011b: 6587th meeting, Wednesday, 20 July 2011, 3 p.m., New York <i>UNSC</i> 2011c: Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, S/PRST/2011/15, New York